

IFK AKTUELL



Aus dem Inhalt

Vom CPA zum Referendum

Offene Nord-Süd-Probleme

Internationales
Krisenmanagement

Interessen der Nachbarstaaten

Scheidung auf Sudanesisch

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt

Gegeneinander – Nebeneinander – Miteinander?

Jüngste Publikationen des IFK

In der Reihe

Internationale Sicherheit und Konfliktmanagement



Globale Sicherheit Europäische Potenziale Herausforderungen – Ansätze – Instrumente

Umfassendes Krisenmanagement an den Konfliktherden der Welt zählt heute zu einer der größten Herausforderungen in der Sicherheitspolitik. Die EU hat beim Aufbau eigener Kapazitäten und Instrumente erstaunliche Fortschritte gemacht. Infolge der „Ländermatches“ bleibt sie aber deutlich hinter den Erwartungen und Möglichkeiten. Beide Aspekte – die Entstehungsgeschichte des EU-Potenzials für einen internationalen Beitrag als auch die aktuellen Herausforderungen und Entwicklungsmöglichkeiten stehen im Mittelpunkt dieses Bandes.

In der Reihe
IFK Aktuell



Konfliktlinien im Nahen Osten – Krisenmanagement als Stabilitätsgarant

Das Aufeinanderprallen panarabischer Visionen, postkolonialer Strukturen und massiver externer Einflussnahme führt im Nahen Osten in regelmäßigen Abständen zum offenen Ausbruch bewaffneter Konfrontationen. Durch das Einfrieren von Konflikten kann zwar erfolgreich Deeskalation betrieben werden, jedoch zum Preis einer bloß trägerischen Stabilität.

In der
Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie



Die Rolle der Türkei in inter- nationalen Friedensoperationen

Die Türkei liegt nicht nur an der Schnittstelle zwischen Europa und Asien, sie ist auch von vielen Konflikten in unmittelbarer Nachbarschaft betroffen. Die Entwicklungen im Irak, in Syrien, im Südkaukasus, im Libanon oder im israelisch-palästinensischen Dauerkonflikt haben auch immer direkte oder indirekte Folgen für Ankara. Im vorliegenden Band kommt Marius Calligaris zu dem Schluss, dass die Türkei ein wertvoller und zuverlässiger Partner der Staatengemeinschaft ist und einen ausgewogenen Beitrag in den verschiedenen Sicherheitsorganisationen leistet.

Geschätzte Leserin, geschätzter Leser!

Diese Broschüre stellt einen Beitrag zur Information der österreichischen Gesellschaft über sicherheitspolitische Entwicklungen dar. IFK Aktuell folgt damit der Empfehlung der Österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, die Bevölkerung umfassend und laufend über die Sicherheitslage im In- und Ausland zu informieren.

IFK Aktuell zielt darauf ab, die Lücke zwischen dem Erfahrungsaustausch im kleinen Expertenkreis und der täglichen Berichterstattung in den Medien zu schließen. Es wird von den Forschern des Institutes für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) der Landesverteidigungsakademie (LVak/BMLVS) erstellt. Die Analysen erscheinen in unregelmäßigen Abständen und beleuchten aktuelle internationale Krisen und Konflikte und Ansätze zu deren Bewältigung. Weiters wird auf neue Trends und Erscheinungsformen im Zusammenhang mit internationalem Krisenmanagement hingewiesen. Die Inhalte von IFK Aktuell finden Sie auch auf der Homepage des BMLVS unter:

www.bmlvs.gv.at/organisation/beitraege/lvak/ifk/ifk.shtml

Wir dürfen uns an dieser Stelle sehr herzlich bei General Mag. Raimund Schittenhelm für seine langjährige Unterstützung bedanken und freuen uns auf die Zusammenarbeit mit unserem neuen Kommandanten, Generalleutnant Mag. Erich Csitkovits.



Der Institutsleiter
Bgdr Dr. Walter Feichtinger

Titelbild: Unabhängigkeitsfeier im unabhängigen Südsudan

(REUTERS/Ho New)

Scheidung auf Sudanesisch

Gegeneinander – Nebeneinander – Miteinander?

Der 9. Juli 2011 ist für den Sudan ein historisches Datum. Nachdem sich die südsudanesische Bevölkerung bei einem Referendum im Jänner 2011 für die Unabhängigkeit des Südsudans ausgesprochen hatte, wurde an diesem Tag der neue Staat ausgerufen und vom Nordsudan anerkannt. Sowohl für den Süden als auch für den Norden beginnt damit eine neue Epoche. Die offiziellen Namen der beiden Staaten lauten Republik Sudan (Khartum) und Republik Südsudan (Juba).

Khartum hat den Südsudan als erster Staat anerkannt, eine Reihe weiterer Staaten folgte. Nachdem der Sicherheitsrat der UNO die Aufnahme empfohlen hatte, beschloss die UNO-Vollversammlung, den Südsudan als 193. Land aufzunehmen.

Mit der Unabhängigkeit sind jedoch die anstehenden Probleme keineswegs gelöst. Beide Staaten werden die Unterstützung der Staatengemeinschaft brauchen. Mehrere internationale Missionen zeigen, dass friedenserhaltende Maßnahmen als stabilisierende Elemente wirken. Deshalb sollte der 9. Juli 2011 nicht als Ende einer Entwicklung, sondern als Beginn eines längerfristigen Engagements zur Konfliktprävention verstanden werden.

Inhalt	Der Weg zur Unabhängigkeit des Südsudans	Seite 4
	Vom CPA zum Referendum	
	Entwicklungen nach dem Referendum	
	Internationales Krisenmanagement	Seite 5
	Von UNAMIS über UNMIS zu UNMISS	
	UNISFA	
	UNAMID	
	Herausforderungen in der Zukunft	Seite 7
	Offene Nord-Süd-Probleme	
	Herausforderungen für den Sudan	
	Darfur als weitere Hürde	
	Mögliche Szenarien für den Sudan	
	Herausforderungen für den Südsudan	
	Spannungspotenziale	
	Mögliche Szenarien für den Südsudan	
	Die Interessen der Nachbarstaaten	
	Ausblick	Seite 12
	Ableitungen und Empfehlungen	

Der Weg zur Unabhängigkeit des Südsudans

Vom CPA zum Referendum

Am 9. Jänner 2005 wurde zwischen Nord- und Südsudan ein umfassendes Friedensabkommen (Comprehensive Peace Agreement - CPA) abgeschlossen. Das von Regierung und Southern People's Liberation Movement/Army (SPLM/A) unter internationaler Vermittlung unterzeichnete CPA beendete formal den Bürgerkrieg, welcher seit 1983 mehr als zwei Millionen Menschenleben gefordert hatte.

Auf Seiten der Südsudanesen war sicherlich John Garang de Mabior die herausragende Persönlichkeit. Nach seinem Tod am 30. Juli 2005 infolge eines Hubschrauberabsturzes übernahm sein Stellvertreter Salva Kiir Mayardit die Führung der SPLM/A sowie das Amt des sudanesischen Vizepräsidenten. An das Charisma seines Vorgängers kam er jedoch nicht heran. Propagierte John Garang noch einen „neuen Sudan“, waren die Positionen Salva Kiirs von Beginn an diffus. So hielt er zwar offiziell an der Einheit fest, es wurde aber im Laufe der Zeit immer klarer, dass ein gemeinsamer Staat nur mehr eine theoretische Möglichkeit darstellte. Die Zeit bis zum Referendum im Jänner 2011 wurde kaum für die Bewerbung eines gemeinsamen Staates genutzt. Aber auch der Nordsudan blieb relativ untätig und entwickelte erst wenige Monate vor dem Referendum Aktivitäten, die die Einheit des Landes propagieren sollten. Somit sprach sich im Referendum eine überwältigende Mehrheit der Südsudanesen für die staatliche Unabhängigkeit aus.

Unter dem Druck der nahenden Trennung wurden allerdings unter Vermittlung der Afrikanischen Union (AU) kurz vor der eigentlichen Unabhängigkeitserklärung Abkommen unterzeichnet, die das Ausbrechen zwischenstaatlicher gewaltsamer Konflikte verhindern sollen.

Entwicklungen nach dem Referendum

Beim Referendum am 9. Jänner 2011 sprachen sich 98,83% der Südsudanesen für die Unabhängigkeit aus. Wie im CPA vereinbart, akzeptierte der Norden das Ergebnis.

Der Sudan und der Südsudan hätten sich zwar noch vor der Unabhängigkeit auf eine Verlängerung der Übergangsperiode einigen können, um anstehende Probleme noch zu lösen. Da Politik jedoch nicht pragmatisch, sondern symbolisch handelt, wurde diese Chance verpasst. Allerdings entstand

unter dem Druck der nahenden Unabhängigkeit in den letzten Wochen vor dem 9. Juli 2011 eine Dynamik, die noch einige Lösungsansätze hervorbrachte.

Die Provinz Abyei ist ein Beispiel für ein politisches Symbol, das rationales Handeln erschwert. Obwohl nur 0,6% der tatsächlichen Ölförderung von dort kommen, also die Frage von Ressourcen bei genauerem Blick nur eine untergeordnete Rolle spielt, war Abyei einer der bis zuletzt heftig umstrittenen Punkte. Die nordsudanesischen Streitkräfte drangen sogar in Abyei ein, was verschiedenen Hilfsorganisationen zu Folge zu etwa 100.000 Flüchtlingen führte. Durch den Einsatz einer ca. 4.200 Mann starken UNO-Truppe scheint die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung zwischen Sudan und Südsudan allerdings vorerst gebannt zu sein.

In der Frage der Staatsbürgerschaft und Aufenthaltsrechte der jeweiligen Bürger konnte eine Fristverlängerung zur Ausarbeitung einer nachhaltigen politischen Lösung erreicht werden. Die NCP und die SPLM einigten sich auf einen Zeitraum von neun Monaten, in dem sich Bewohner aus dem Süden im Norden und Migranten aus dem Norden im Süden entweder um eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis bewerben können oder das Land verlassen müssen. Obwohl damit ein wesentliches Konfliktfeld zwischen den beiden Staaten noch im Vorfeld der Unabhängigkeit entschärft werden konnte, bleibt abzuwarten, ob die Umsetzung in diesen neun Monaten auch problemlos vonstatten gehen kann. Derzeit ist nicht abschätzbar, wie viele der geschätzt zwei Millionen Südsudanesen im Norden und der Sudanesen im Süden sich für einen Verbleib oder eine Umsiedlung entscheiden werden.

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt

Ein Südsudanese bereitet sich mit seinem Hab und Gut in Khartum auf die Heimreise vor

Internationales Krisenmanagement

Von UNAMIS über UNMIS zu UNMISS

Am 11. Juni 2004 beschloss der Sicherheitsrat der UNO mit der Resolution 1547 (2004) die United Nations Advance Mission in the Sudan (UNAMIS), um den politischen Prozess im Sudan zu unterstützen, der letztlich zum CPA geführt hatte. Aufgrund der Eskalation der Situation in Darfur erhielt UNAMIS bereits am 30. Juli 2004 mit Resolution 1556 zusätzliche Aufgaben. Im Jänner 2005 empfahl der Generalsekretär der UNO eine multidimensionale Peacekeeping-Operation, die am 24. März 2005 mit der Resolution 1590 (2005) vom Sicherheitsrat beschlossen wurde. Aus UNAMIS wurde UNMIS (United Nations Mission in the Sudan), eine Mission, die unter Kapitel VII der UN Charter folgende Aufgaben hatte:

- Unterstützung bei der Implementierung des CPA
- Unterstützung und Koordinierung der freiwilligen Rückkehr von Flüchtlingen und intern Vertriebenen
- Unterstützung der Parteien des CPA durch Hilfe bei der Entminung, technische Unterstützung und Koordination
- Beitrag zu den internationalen Anstrengungen zum Schutz und der Förderung der Menschenrechte im Sudan sowie Koordinierung internationaler Anstrengungen zum Schutz von Zivilisten, wobei Flüchtlingen, intern Vertriebenen, Frauen und Kindern besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte.

Mit der Unabhängigkeit des Südsudan am 9. Juli endete das Mandat von UNMIS, da der Sudan (Khartum) einer Verlängerung des Mandates von UNMIS bzw. einem neuen Mandat nicht zustimmte. Aus diesem Grund beschloss der Sicherheitsrat zur Konsolidierung von Frieden und Sicherheit im Südsudan am 8. Juli 2011 (Resolution 1996/ 2011) die Entsendung der United Nations Mission in the Republic of South Sudan (UNMISS). UNMISS soll gemäß Mandat folgende Aufgaben erfüllen:

- Unterstützung der Konsolidierung des Friedens und langfristigen Staatsaufbau und ökonomische Entwicklung fördern
- Unterstützung der Regierung des Südsudan in den Bereichen Konfliktprävention, -entschärfung und -lösung sowie Schutz der Zivilbevölkerung
- Unterstützung der Regierung bei der Entwicklung von Kapazitäten, um Sicherheit zu schaffen, Rechtsstaatlichkeit zu etablieren und den Sicherheits- und Justizapparat zu stärken, den Prinzipien der nationalen Selbstbestimmung folgend und in Zusammenarbeit mit internationalen Partnern.

UNMISS agiert wie schon vorher UNMIS unter Kapitel VII der UNO Charter. Personell sind bis zu 7.000 Militärpersonen, inklusive Verbindungs- und Stabsoffiziere, sowie bis zu 900 Polizeikräfte, inklusive formierter Einheiten, geplant. Darüber hinaus spricht Resolution 1996 (2011) von einer angemessenen Anzahl einer zivilen Komponente, ohne die genaue Zahl zu spezifizieren. Nach drei und sechs Monaten soll überprüft werden, ob die Bedingungen vor Ort eine Reduktion auf 6.000 Militärpersonen zulassen. Vorerst wurde UNMISS ein Mandat für ein Jahr erteilt. Die Formulierungen in der Resolution lassen jedoch den eindeutigen Schluss zu, dass die UNO von einem längeren Zeitraum ausgeht, in dem sie den Südsudan unterstützen wird.

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt

Ein Militärbeobachter aus Namibia patrouilliert im Auftrag der UNO in der Unruheprovinz Abyei

Mit UNMISS hat die internationale Gemeinschaft eine Mission geschaffen, die vor allem der Gefahr eines Zerfalls des Südsudans entgegenwirken soll. Denn viele Kommentatoren stufen den Südsudan bereits von der Gründung an als gescheiterten Staat ein. Mit den Aufgaben, die UNMISS durch das Mandat übertragen bekommen hat, sollen fehlende südsudanesische Strukturen vorerst kompensiert und während der Dauer des Einsatzes aufgebaut werden.

UNISFA

Eine Woche, nachdem Sudan und Südsudan in Addis Abeba einer Friedensmission der äthiopischen Streitkräfte unter UNO-Mandat zugestimmt hatten, autorisierte der Sicherheitsrat mit der Resolution 1990 (2011) UNISFA (United Nations Interim Security Force for Abyei) für vorerst sechs Monate. Die Aufgaben

der 4.200 Mann starken Truppe, die unter Kapitel VII der UNO-Charta agieren wird, umfassen unter anderen die Beobachtung und Verifizierung des Abzugs der sudanesischen Streitkräfte sowie der SPLA (oder ihrer Nachfolgeorganisation). Die Bevölkerung und das UN-Personal sollen vor physischer Gewalt geschützt werden. Darüber hinaus einigten sich NCP und SPLM auf eine demilitarisierte Pufferzone, die jeweils zehn Kilometer in den Süden und den Norden reichen soll. Die äthiopischen Kräfte werden eine begrenzte Anzahl von Kontrollpunkten errichten. Bereits am 8. Juli begannen die Verlegungen in das Einsatzgebiet.

UNAMID

Neben den Friedensmissionen der UNO, die den Konflikt zwischen dem Sudan und dem Südsudan betreffen, ist in Darfur eine weitere Mission im Einsatz. Die African Union/United Nations Hybrid Operation in Darfur (UNAMID) ist eine Hybridmission von Afrikanischer Union und UNO.

Da 2003 in Darfur Kämpfe zwischen bewaffneten Rebellenruppen und Khartum-treuen Milizen ausgebrochen waren, engagierte sich die internationale Gemeinschaft, um diesen Bürgerkrieg zu beenden. Bereits 2004 hatte UNAMIS auch Aufgaben in Darfur zugewiesen bekommen.

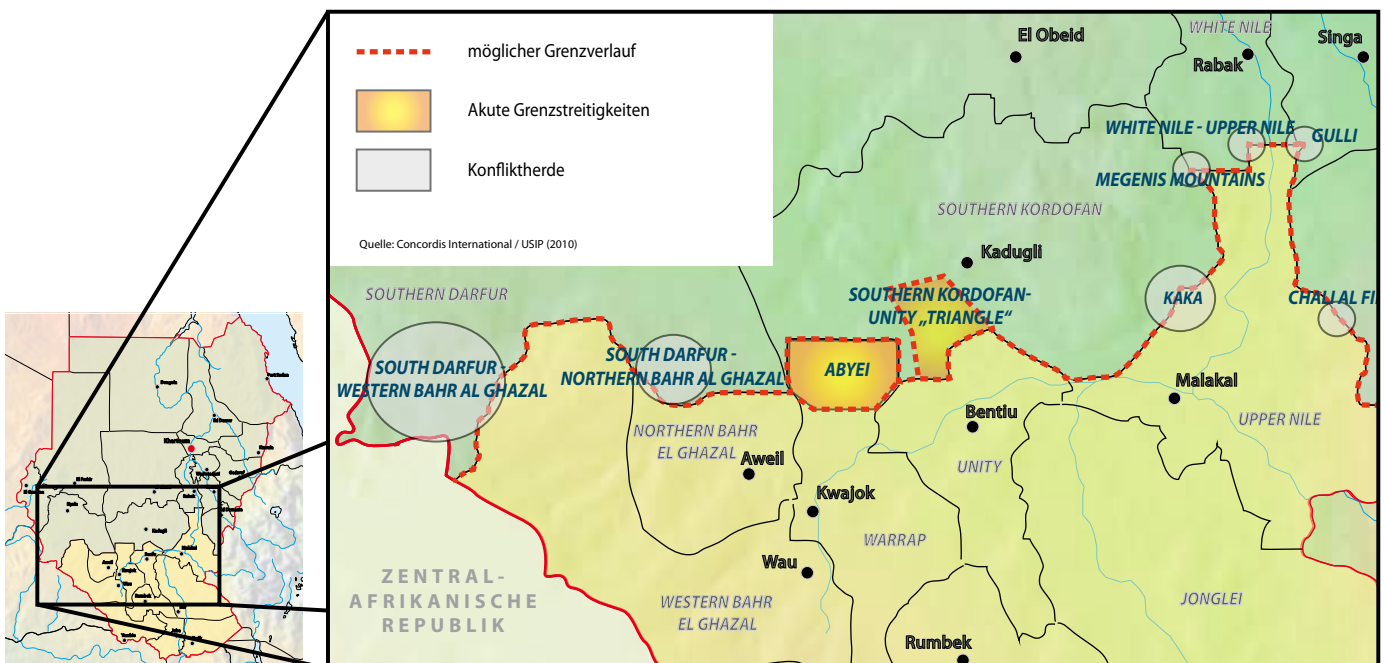
Nachdem im April 2004 die AU einen Waffenstillstand zwischen der sudanesischen Regierung und Rebellen vermittelt hatte (Humanitarian Ceasefire Agreement), wurde eine kleine Beobachtermission in den Sudan entsandt. Da sich die Gewalt gegen die Bevölkerung allerdings fortsetzte, wurde die African Union Mission in Sudan (AMIS) im Oktober 2004 auf ca. 3.200 Personen aufgestockt. Möglich wurde dies nur, weil sich die Europäische Union bereit erklärt hatte, AMIS finanziell zu unterstützen. Das Mandat von AMIS umfasste die Überwachung des Humanitarian Ceasefire Agreement sowie einen Beitrag zur Sicherung der humanitären Hilfe und dem Schutz von zurückkehrenden Flüchtlingen und in-

tern Vertriebenen zu leisten. Bereits am 28. April 2005 wurde auf Beschluss des Peace and Security Councils der AU die Gesamtstärke von AMIS auf etwa 6.200 Soldaten und 1.560 Polizisten erhöht.

■ Organisierte Kriminalität

Im Südsudan ist der Brautpreis, der in Rindern bezahlt wird, in den letzten Jahren stark angestiegen. Gleiches gilt für den Rinderpreis. Die Auswirkungen sind unübersehbar. Um den Brautpreis bezahlen zu können, werden vermehrt Viehdiebstähle begangen. Da Rinderdiebstahl ein profitables Geschäft geworden ist, mit dem man relativ leicht zu Geld kommen kann, wird der Organisationsgrad von Viehdieben immer höher und hat mit der Tradition des Brautpreises immer weniger zu tun, sondern dient der Bereicherung. Gerüchten zufolge sollen sogar lokale Politiker involviert sein. Die große Anzahl an unzufriedenen jungen Männern, denen es aufgrund der hohen Kosten nicht möglich ist zu heiraten, könnte künftig zur Destabilisierung des Südsudan beitragen.

Da sich Khartum weigerte, das Mandat von UNMIS auch auf Darfur auszudehnen, wurde von der UNO als Alternative AMIS gestärkt. Nachdem der internationale Druck auf die sudanesischen Regierung permanent stieg, stimmte diese schließlich einer gemeinsamen Friedensoperation von AU und UNO zu. Am 31. Juli 2007 erhielt UNAMID vom Sicherheitsrat der UNO unter Kapitel VII der UNO Charter mit der Resolution 1769 (2007) ein Mandat für 19.555 Militärpersonen und 3.772 Zivilpersonal. Mit Stichtag 31. Mai 2011 waren 17.760 Soldaten, 263 Militärbeobachter und fast 5.000 Polizisten im Einsatz sowie ca. 1.150 internationales Zivilpersonal, 2.825 lokale Mitarbeiter und etwa 480 UN-Freiwillige. Die massive Präsenz der internationalen Kräfte hat - neben den Verhandlungen zwischen Regierung und Rebellen - sicherlich dazu beigetragen, dass das Gewaltniveau im letzten Jahr stark abgenommen hat.



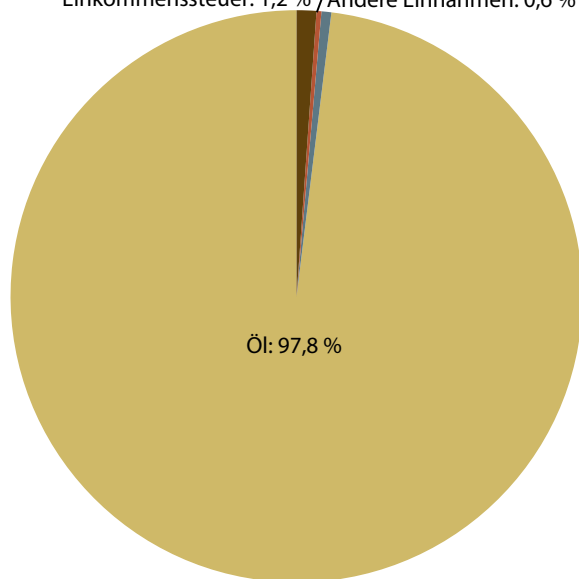
Grafik: LVA/Referat III - Medien

Herausforderungen in der Zukunft

Offene Nord-Süd-Probleme

Nicht nur der Konflikt um Abyei machte zwischen dem Referendum und der Unabhängigkeit Schlagzeilen. In der Provinz Süd-Kordofan (Sudan) wurden Truppen aus dem Norden ethnischer Säuberungen bezichtigt. 70.000 Menschen, vorwiegend Nuba, sollen aufgrund von Bombardements der sudanesischen

Zoll, Mehrwertsteuer & andere Steuern: 0,4 %
Einkommenssteuer: 1,2 % / Andere Einnahmen: 0,6 %



Quelle: Ministry of Finance and Economic Planning

Geschätzte Einnahmen der südsudanesischen Regierung im Jahr 2010

Streitkräfte geflohen sein. Unter der Mediation der AU konnte jedoch noch vor dem 9. Juli 2011 ein Abkommen zwischen Khartum und der SPLM-Nord erzielt werden. Demnach sollen Rebellen, die während des Krieges für den Süden kämpften, entweder in die Streitkräfte des Sudan integriert oder demobilisiert werden. Da gewaltsame Entwaffnungsversuche bisher zu Widerständen geführt haben, soll nunmehr auf Gewalt verzichtet werden. Das Rahmenabkommen, das Ende Juni in Äthiopien unterzeichnet wurde, gilt sowohl für Süd-Kordofan als auch für Blue Nile. Möglicherweise konnte mit dem Abkommen auch Konfliktpotential in Blue Nile entschärft werden, das vor allem bei der Frage nach der Wasserentnahme aus dem Nil an Brisanz gewinnen könnte.

Die Zukunft der politischen Parteien im jeweiligen anderen Land könnte ebenfalls zu Zerwürfnissen führen. Inwiefern die SPLM-North nach der Unabhängigkeit noch eine politische Rolle spielen wird, ist unklar. Nach dem 9. Juli wird sich die Gruppierung im Norden in jedem Fall als politische Partei gemäß der Verfassung des Sudan registrieren lassen müssen. Im Süden wiederum hat sich die NCP de facto aufgelöst, als sich

führende Vertreter der Partei am 7. Juli 2011, also kurz vor der Unabhängigkeit, kollektiv der SPLM angeschlossen haben.


Die größte Herausforderung in den Beziehungen zwischen Khartum und Juba wird im ökonomischen Bereich liegen. Die gravierendste gegenseitige Abhängigkeit besteht im Erdölbereich. So ist der Südsudan davon abhängig, das gesamte Öl, das auf seinem Staatsgebiet gefördert wird, über eine Pipeline auf sudanesischem Staatsgebiet nach Port Sudan zu exportieren. Im Gegenzug sind die Einnahmen aus dem Transit für das Budget des Nordens vorerst unverzichtbar. Khartum und Juba werden sich daher auf einen Modus vivendi einigen müssen, um weiterhin die Vorkommen nutzen zu können. Für den Südsudan ist die Situation allerdings dramatischer als für den Sudan, da rund 98% der gesamten Staatseinnahmen (siehe Grafik) aus dem Verkauf von Erdöl kommen.


Herausforderungen für den Sudan

Oft wird vergessen, dass es im Sudan auch nach der Unabhängigkeit des Südens schwerwiegende politische Herausforderungen gibt. Von stabilen politischen Verhältnissen kann nach dem Verlust des südlichen Landesteiles nicht ausgegangen werden. Während der Machtanspruch der regierenden Partei, National Congress Party (NCP), durch die verschiedenen Oppositionsparteien kaum herausgefordert werden kann, könnte die NCP durch innere Auseinandersetzungen geschwächt werden. Die Stabilität der NCP ist eng mit der Stabilität des Sudans verknüpft. Gerade die jüngeren Politiker der Partei fordern mehr föderale Strukturen. Änderungen in der Politik werden sich in jedem Fall ergeben, da die Vorstellungen über die Entwicklung des Landes in der Gesellschaft stark auseinanderdriften. Es wäre jedoch auch möglich, dass sich einer der beiden Parteiflügel, gemäßigt bzw. radikal, durchsetzen kann. Ankündigungen einer radikaleren Umsetzung der Sharia sind vor diesem Hintergrund zu sehen, nicht zuletzt auch deshalb, weil der Norden ein arabi-

■ Tamasudsch

Die Grenzregion zwischen Sudan und Südsudan wird im sudanesischen Arabisch Tamasudsch genannt, was so viel wie Vermischung bedeutet. Diese Bezeichnung kommt nicht von ungefähr, denn in den zehn Grenzstaaten gibt es vielfältige Vermischungen. Nomaden weiden ihre Herden im Jahreszyklus sowohl nördlich als auch südlich der Grenze, Islam und Christentum existieren nebeneinander, arabische und afrikanische Traditionen werden gelebt. Daher ist es weder verwunderlich, dass sowohl der Sudan als auch der Südsudan Ansprüche auf diese Teilstaaten stellen, noch dass die Menschen sich teilweise zum Norden und teilweise zum Süden zugehörig fühlen.

	SUDAN			
	Hauptstadt:	Khartum	Amtssprachen:	Arabisch, Englisch
	Fläche:	1.855.671 Km ²	Währung:	Sudan Pound
	Bevölkerungsgröße:	34 Millionen	Bevölkerungsdichte:	18,82 Einwohner/Km ²
	Alphabetenquote (Erwachsene über 15 Jahre):		60,9 % (77,5 %)	
	Anzahl der Bevölkerung unter der Armutsgrenze:		46,5 %	
	Kindersterblichkeitsrate (< 5 Jahre) pro 1.000:		102	
	Müttersterblichkeitsrate pro 100.000 Geburten:		638	

	SÜDSUDAN			
	Hauptstadt:	Juba	Amtssprachen:	Englisch, Arabisch
	Fläche:	644.329 Km ²	Währung:	South Sudan Pound
	Bevölkerungsgröße:	8,2 Millionen	Bevölkerungsdichte:	12,81 Einwohner/Km ²
	Alphabetenquote (Erwachsene über 15 Jahre):		27 % (36,7 %)	
	Anzahl der Bevölkerung unter der Armutsgrenze:		50,6%	
	Kindersterblichkeitsrate (< 5 Jahre) pro 1.000:		381	
	Müttersterblichkeitsrate pro 100.000 Geburten:		1.989	

Relevante Gruppierungen

Norden	NCP - National Congress Party (islamistisch, nationalistisch, populistisch, konservativ, arabisch) Umma-Partei (islamistisch; für eine demokratische Transformation sowie religiöse und kulturelle Pluralität) DUP - Democratic Unionists Party (nationalistisch) PCP - Popular Congress Party (nationalistisch, islamistisch)
Rebellenbewegungen im Norden	EF - Eastern Front (Koalition von Rebellenorganisationen im Osten; gegen die ungleiche Verteilung der Rohstoffgewinne) SLM - Sudan Liberation Movement (Abdel Wahid Mohammed a-Nur, Rebellenführer); Darfurische Rebellenorganisation; für mehr politische Teilhabe JEM - Justice and Equality Movement (Khalil Ibrahim (Rebellenführer); Darfurische Rebellenorganisation; gegen wirtschaftliche und politische Unterdrückung der darfurischen Bevölkerung)
Süden	SPLM - Sudan People's Liberation Movement (Volksbefreiungsbewegung; säkular, demokratisch) SPLM-DC - Sudan People's Liberation Movement - Democratic Change (Oppositionspartei; für ein freies, gerechtes, demokratisches und dezentrales Südsudan)
Rebellenbewegungen im Süden	Rebellenführer: George Athor Deng Peter Gadet

Abkürzungen

AMIS	African Union Mission in Sudan
AU	Afrikanische Union
CPA	Comprehensive Peace Agreement
LJM	Liberation and Justice Movement
LRA	Lord's Resistance Army
SPLA	Sudanese People's Liberation Army
UNAMID	African Union/United Nations Hybrid Operation in Darfur
UNAMIS	United Nations Advance Mission in the Sudan
UNISFA	United Nations Interim Security Force for Abyei
UNMIS	United Nations Mission in the Sudan
UNMISS	United Nations Mission in the Republic of South Sudan

SUDAN, SÜDSUDAN, NACHBARSTAATEN



Schematische Darstellung: Zur Frage der Grenzproblematik Sudan und Südsudan siehe die Graphik auf Seite 6.

ches Land ist. Daneben sind aber auch Tendenzen erkennbar, das Land zu öffnen, um international wieder mehr Ansehen und Bedeutung erlangen zu können.

Eine zentrale Frage bleibt sowohl für die Partei als auch für den Staat, wie lange sich Präsident Al-Bashir an der Spitze halten können. Der Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofes (ICC) schwebt nach wie vor über ihm und er wäre für die NCP bereits seit längerer Zeit eine Belastung, wenn sich nicht die verschiedenen Vorstellungen über den künftigen Kurs durch ihn ausgleichen lassen würden. Obwohl Al-Bashir bei der Wahl im April 2010 als Präsident bestätigt wurde, sollte nicht vergessen werden, dass er 1989 durch einen Putsch an die Macht kam. Da sich das Militär nach wie vor als potenziell stabilisierenden Faktor sieht, verfügt Al-Bashir möglicherweise in den Reihen des Offizierskorps noch über eine entscheidende Unterstützung.

Eine außenpolitisch schwerwiegende Last für Khartum bleibt, dass der Staat nach wie vor auf der Liste der Terror unterstützenden Staaten steht. Wohl wurde von den USA ein Prüfungsverfahren eingeleitet und bei einer friedliche Trennung eine Streichung in Aussicht gestellt. Das kann aber dauern und während dieser Zeit bleiben die Sanktionen aufrecht.

Darfur als weitere Hürde

Die Situation in Darfur bleibt für Khartum eine große Herausforderung, nachdem sich der Südsudan abgespalten hat. Die Verhandlungen mit Rebellengruppen über eine tragfähige nachhaltige Lösung ziehen sich schon über Jahre. Die verschiedenen Rebellengruppen in Darfur verlangen einerseits eine Beteiligung an der Macht, könnten andererseits aber nach dem Vorbild des Südens auch eine Abspaltung anstreben. Obwohl immer wieder die Unterzeichnung eines umfassenden Abkommens mit zumindest einer der Rebellengruppen im Rahmen der sogenannten Doha-Gespräche im Raum stand, konnten die Gespräche vor der Unabhängigkeit des Südens nicht mehr finalisiert werden. Eine Gruppe, das Liberation and Justice Movement (LJM), hat nunmehr am 14. Juli 2011 einen Friedensvertrag unterzeichnet. Ahmed Hussein Adam, Vertreter des Justice and Equality Movement (JEM) hingegen stellte eine Abspaltung Darfurs in den Raum: „They have to be aware of the lessons to avoid a repeat of the separation of another part of Sudan.“

Die Situation in Darfur hat zwar keinen unmittelbaren Einfluss auf die Beziehungen zwischen Khartum und Juba. Dennoch könnte ein instabiles Darfur die Stimmung zwischen den beiden Staaten nachhaltig trüben und das zwischenstaatliche Konfliktpotenzial erhöhen. So wäre es möglich, dass Rebellen aus diesem Gebiet den Südsudan als Rückzugs- und Nachschubgebiet nutzen. Juba könnte jedoch diese Gruppierungen auch aktiv unterstützen. Diesbezügliche Anschuldigungen gibt es bereits. Im Gegenzug soll Khartum angeblich Rebellengruppen im Südsudan Unterstützung gewähren. Aus diesem Grund kommt UNAMID über die Aufgaben in Darfur hinaus eine wichtige Rolle hinsichtlich stabiler Beziehungen zwischen Sudan und Südsudan zu.

Mögliche Szenarien für den Sudan

Positives Szenario

Das Regime erkennt die Zeichen der Zeit und es gelingt rasch, mit den Rebellen in Darfur einen Friedensschluss zu erzielen. Die Beziehungen mit dem Südsudan werden zunehmend entspannter, das gemeinsame Interesse an einer steigenden und konfliktfreien Nutzung der Ölvorkommen bildet die Basis für weitere Kooperationen. Die NCP erweist sich nach innen und außen als reformfähig, statt einer verschärften Anwendung der Sharia kommt es zu einer moderaten Liberalisierung. Präsident Al-Bashir tritt zurück, die internationale Gemeinschaft unterstützt gezielt den Reformkurs durch Streichung von der Liste der Terror unterstützenden Staaten und eine zumindest teilweise Entschuldung.

Negatives Szenario

Der Verlust des Südens nützt den Hardlinern in Khartum, sie stürzen Präsident Al-Bashir und führen den Sudan in Richtung islamistischer Gottesstaat. Der darauf einsetzende Unabhängigkeitskampf in Darfur wird brutal niedergeschlagen. Khartum wird zu einer Drehscheibe für radikal-islamistische Elemente im Umfeld des „arabischen Frühlings“. Die religiösen Machthaber nutzen auch jede Gelegenheit, eine Stabilisierung des Südsudan zu unterbinden und nehmen in Kauf, auf Transitgebühren aus dem Öltransport zu verzichten. Der Sudan wird zu einer dauerhaften Bedrohung des Friedens und der weltweiten Sicherheit.

Realistisches Szenario

Trotz aller Schwierigkeiten gelingt es dem Sudan, nach und nach zu einer Normalisierung des Alltags zu gelangen. Die innenpolitischen Positionierungskämpfe verhindern vorerst eine rasche Erholung und umfangreiche Reformen, der Weg führt aber in Richtung Öffnung. Ökonomische Erfolge bringen der Bevölkerung die erhoffte Friedensdividende. Das erkennen auch die Rebellen in Darfur, die sich nach weiteren Verhandlungen mit der Regierung in Khartum arrangieren. Die - anfangs noch zögerliche - Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft nützt den Reformern. Kleinere Auseinandersetzungen an der Grenze zum Süden haben kein besonderes Eskalationspotenzial, die Beziehungen werden insbesondere dank gemeinsamer Kontrollmechanismen immer entspannter, die Grenze wird durchlässiger und ermöglicht wirtschaftlichen und sozialen Austausch auf breiter Basis.

Herausforderungen für den Südsudan

Einen institutionell verankerten Staat gibt es nicht. Der Südsudan wird vor allem beim Aufbau staatlicher Strukturen gefordert sein, da die Bevölkerung erwartet, dass sich durch den unabhängigen Staat ihre Situation rasch verbessert. Diese Hoffnung prägt das kollektive Denken praktisch seit Beginn der Auseinandersetzungen mit dem Norden in den 1950er Jahren.

Die Bevölkerung des Südsudans hat während der letzten Jahre viele Erwartungen in die Unabhängigkeit projiziert, die in der Realität kaum erfüllt werden können. Enttäuschte Hoffnungen

könnten daher mittel- bis langfristig zu unerfüllbaren Forderungen an die Regierung, sozialen Unruhen und Aufständen führen. Obwohl in Vorbereitung der Unabhängigkeit in der Hauptstadt Juba zahlreiche Verbesserungen erzielt wurden (z.B. Infrastruktur), steht zu befürchten, dass der Elan zu Veränderungen rasch erlahmen und möglicherweise klientelistische Politik Einzug halten wird.

Spannungspotenziale

Ein südsudanesisches Volk gibt es nicht. Der Südsudan verfügt über eine sehr heterogene Bevölkerung und Bruchlinien könnten sich entlang mehrerer Identitäten zeigen. Spannungen können zwischen dem aufstrebenden Zentrum Juba und stark benachteiligten Regionen der Peripherie entstehen. Ebenso bestehen große Unterschiede zwischen ressourcenreichen (z.B. Öl) und -armen Gebieten. Nicht zuletzt könnten auch ethnische Differenzen oder Formen von Ethnonationalismus Spannungen fördern. Zum Beispiel ist eine Dominanz des Volkes der Dinka zwar klar erkennbar, aber nicht in dem Ausmaß, wie es von der südsudanesischen Bevölkerung wahrgenommen wird. Es wird in jedem Fall sehr schwierig werden, innere Konflikte zu vermeiden, wenn der äußere Feind in Form des Nordens wegfällt, der bisher den Zusammenhalt sichergestellt hat. Eine Umkehr des Aggressionspotentials nach innen hätte für den Südsudan dramatische Folgen. Aus diesen Gründen könnte auch eine noch zu entwickelnde nationale Identität des Südsudan in Frage gestellt werden.

Die südsudanesische Regierung war bereits im Vorfeld bemüht, nationale Symbole zu entwickeln. Eine neue Nationalhymne wurde komponiert, eigene Nationalteams in den Sportarten Fußball und Basketball aufgestellt. Pässe, eine eigene Währung, eine eigene Endung für Internetadressen, all das soll künftig die Zugehörigkeit zum Südsudan und das Zusammengehörigkeitsgefühl stärken. Die Aufgabenstellung ist aber nicht einfach. Während beispielsweise jenes Komitee, das für das Design der neuen Währung zuständig ist, das Bild des ersten Vorsitzenden der SPLM, John Garang, auf den Geldscheinen sehen möchte, soll die Bevölkerung eher historische und kulturelle Symbole bevorzugen.

Eine zentrale Herausforderung für Juba wird der Auf- bzw. Ausbau des Gewaltmonopols sein. Falls der Staat nicht in der Lage ist, seine Autorität im gesamten Land umzusetzen, werden sich lokal Gruppierungen wie die Arrow Boys (siehe Kasten LRA) bilden, um selbst für Sicherheit zu sorgen.

Der Fokus der internationalen Akteure auf den Südsudan bedeutet für den Staat keineswegs nur positive Aussichten. Staatsaufbau „von außen“ funktioniert erwiesenermaßen nicht. Er muss, dem Prinzip der „local ownership“ folgend, von innen getragen und durchgeführt werden. Dazu fehlen allerdings über weite Strecken die Kapazitäten, weshalb Hilfe von außen unverzichtbar wird. Aufgrund von begrenztem internationalen Interesse und sinkender Finanzmittel könnte daher der Südsudan zwangsläufig zu einem „Experimentierfeld“ externer Akteure werden. Damit werden aber die Erwartungshaltungen

in Politik und Bevölkerung des Südsudans nicht zu erfüllen sein, was wiederum in sinkender Aufbau- und Reformbereitschaft zum Ausdruck kommen könnte. Enttäuschungen auf beiden Seiten sind somit unvermeidbar.

Die SPLM bzw. ihr militärischer Arm, die SPLA wird unverändert als die Befreiungsbewegung wahrgenommen und hat im Südsudan de facto das Machtmonopol. Der Wandel von einer Befreiungsbewegung mit militärischen Machtstrukturen zu einer politischen Partei ist nur in Ansätzen vorhanden. Daher wird der notwendige Übergang zu einem pluralistischen Mehrparteiensystem die SPLM vor erhebliche Herausforderungen stellen. Denn damit ist nicht nur politische Konkurrenz zu erwarten, sondern auch der Wechsel von Militärs im Politikergewand zu einer neuen, professionellen Politikergeneration.

Mögliche Szenarien für den Südsudan

Positives Szenario

Den politischen Kräften gelingt es, mit internationaler Unterstützung mittel- bis langfristig ein funktionierendes Staatswesen aufzubauen. Dabei kann ein zufriedenstellender politischer und ökonomischer Ausgleich zwischen allen relevanten Akteuren erzielt werden. Das Verhältnis zum Sudan entspannt sich und der Übergang von einer Kriegs- zu einer Friedensökonomie gelingt.

Negatives Szenario

Überzogene, unerfüllbare Erwartungshaltungen versetzen die politische Führung unter permanenten Druck, der einen systematischen Staatsaufbau verhindert. Der reale Machttransfer vom Militär an eine neue Politikerelite misslingt und ethnische Spannungen führen zu systematischen Gewaltakten im

■ Lord's Resistance Army (LRA)

Die LRA wurde 1987 im Norden Ugandas mit dem Ziel gegründet, einen Staat auf Basis der Zehn Gebote zu schaffen. Diese Zielsetzung sollte mit militärischer Gewalt erreicht werden. Die LRA operierte vorerst in Norduganda und hatte Rückzugsmöglichkeiten im Südsudan. Mit wachsendem militärischen Druck wich die LRA in die Demokratische Republik Kongo und in die Zentralafrikanische Republik aus. Sie terrorisiert die Menschen mit Folter, Vergewaltigungen, Entführung von Kindern und Jugendlichen, etc. Diese werden missbraucht bzw. zu Kindersoldaten ausgebildet. Während der letzten Jahre haben zahlreiche Verhandlungen zwischen der LRA und Uganda über eine friedliche Lösung und der Wiedereingliederung in die Gesellschaft stattgefunden, scheiterten aber bisher.

Für den Südsudan stellt die LRA eine große Herausforderung im Bereich Sicherheit dar. Nach UNO-Angaben wurden alleine im Sudan mehr als 100.000 Menschen von ihr getötet oder vertrieben. In Western Equatoria hat sich eine Selbstverteidigungsmiliz, die sogenannten Arrow Boys, gebildet, um die Bevölkerung vor Angriffen der LRA zu schützen, da die SPLA dazu offensichtlich nicht in der Lage ist.

Südsudan. Diese inneren Spannungen werden vom Sudan durch Unterstützung verschiedener Gruppierungen noch verstärkt.

Realistisches Szenario

Die derzeit vorherrschende Begeisterung über die Unabhängigkeit erleichtert der Staatsführung eine systematische, wenn auch langwierige Transformation. Die Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung verhindert umfangreiche und anhaltende Aufstände. Die Vision von einer besseren Zukunft fördert die Entwicklung eines „gesellschaftlichen Grundkonsenses“. Die internationale Gemeinschaft und die Nachbarstaaten inklusive Sudan unterstützen diesen Prozess im Rahmen ihrer Möglichkeiten.

Die Interessen der Nachbarstaaten

Die Nachbarn der beiden Staaten haben vielfältige Interessen, sowohl im Sudan als auch im Südsudan, die weit über Sicherheitsinteressen hinausreichen. Beinahe jede Region betreibt Handel mit Nachbarregionen in anderen Staaten. Grenzübergreifende Fragen der regionalen Zusammenarbeit werden daher künftig eine höhere Bedeutung haben und die Politik vor allem des Südsudan in einem erheblichen Ausmaß bestimmen. Eine regionale Strategie, getragen von einer Regionalorganisation wie der Inter-Governmental Authority on Development (IGAD) oder der AU wäre notwendig, um Konflikte bereits im Vorfeld ausräumen zu können. Vor allem Kenia und Uganda haben große Interessen im Südsudan, da viele ihrer eigenen Bürger dort im Dienstleistungssektor (Händler, etc.) aktiv sind. Die Beziehungen zu Kenia und zu Uganda werden für den Südsudan vermutlich Priorität haben. Symbolträchtig wurden daher auch die ersten Spiele der neu geschaffenen Nationalteams gegen Teams der beiden Nachbarstaaten ausgetragen.

Äthiopien beweist sein Interesse an den Entwicklungen in seinen westlichen Nachbarstaaten mit dem militärischen Engagement in UNISFA und genießt das Vertrauen beider Staaten. Im Fall von Konflikten kann Äthiopien auch künftig eine deeskalierende und moderierende Position einnehmen.

Ägypten hat mehrere offene Verhandlungspunkte mit dem Sudan. Eine für den nördlichen Nachbarn überlebenswichtige Frage ist die Entnahme des Nilwassers durch die Oberlieger

(siehe Kasten). Weiters besteht ein langjähriger Konflikt um das sogenannte Halaib-Dreieck, dessen Zuordnung bereits seit der Unabhängigkeit des Sudans vom Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland umstritten ist. Bisher hatte Khartum vermieden, diesen Punkt anzusprechen, da Ägypten zu seinen wichtigsten Unterstützern gehörte.

■ Das Wasser des Nil

Der Nil ist als Lebensader nicht nur für Ägypten relevant, das zu 90 bis 95 % vom Nilwasser abhängt. Auch für den Sudan und andere Oberlieger hat er eine herausragende Bedeutung. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass die Wassernutzungsrechte bei den Anrainerstaaten umstritten sind. Ägypten hat eine relativ starke Position.

Das Nile Water Agreement von 1929, das mit dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland als damalige Kolonialmacht abgeschlossen worden war, gesteht Ägypten das Recht zu, gegen Wasserbauvorhaben der ostafrikanischen Staaten ein Veto einzulegen, falls der Wasserzufluss nach Ägypten dadurch beeinträchtigt werden könnte.

Mit dem Nile Water Agreement von 1959 wurde eine Quotenregelung eingeführt. Ägypten stehen demnach jährlich 55,5 Mrd. Kubikmeter (etwa 66% jener Wassermenge, die jährlich durch den Assuanstaudamm fließen), dem Sudan 18,5 Mrd. Kubikmeter zu. Mit der Unabhängigkeit des Südsudans steht natürlich der sudanese Anteil zur Disposition. Während Ägypten darauf beharrt, dass sich Sudan und Südsudan über die Aufteilung der 18,5 Mrd. Kubikmeter einigen müssen und sich weigert, über die alten kolonialen Verträge zu diskutieren, sehen andere Nilanrainer eine Chance auf Neuverhandlungen der Wassernutzungsrechte.

Libyen unter Revolutionsführer Muammar Al-Ghadaffi spielte aus sudaneseischer Sicht fast immer eine zwiespältige Rolle. So war die Unterstützung Ghadaffis für die Rebellengruppen in Darfur mehr als ein offenes Geheimnis. Und auch in den mittlerweile guten Beziehungen zwischen Sudan und Tschad wurde vom Revolutionsführer immer wieder gezündelt. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass der Sudan nach einigem Zögern den Nationalen Übergangsrat in Benghazi anerkannt hat.

Ausblick

Für beide Sudans sind Fragen der politischen Strukturen und der Sicherheit von zentraler Bedeutung.

Die Entwicklung demokratischer Strukturen im Süden wird eine große Herausforderung. Die SPLM/A war über Jahrzehnte die dominierende politische und militärische Kraft, ohne dass daneben andere Gruppen nachhaltig Fuß fassen konnten. Eine politische Opposition wird es deshalb sehr schwer haben, sich einen Platz in

der politischen Landschaft zu erobern. Zwei Gefahren stehen im Raum: Die SPLM könnte sich als Einheitspartei etablieren oder es bilden sich kleinere ethnische Parteien. Beide Fälle würden für den Südsudan nichts Gutes bedeuten. Mit der Auflösung der NCP im Süden und dem „Überlaufen“ der Funktionäre hat sich die Macht der SPLM in jedem Fall weiter zementiert.

Die Macht der SPLM wird aufgrund der Kontrolle über die

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt

Bild: REUTERS/Goran Tomasevic

Die Präsidenten Salva Kiir (Südsudan) und Omar Hassan Al-Bashir: Im Gleichschritt in die Zukunft ?

SPLA und damit über die südsudanesischen Streitkräfte durch die Unabhängigkeit gestärkt, wenngleich die Autorität nicht bis in alle Regionen des Landes reicht. Eine Herausforderung werden sicherlich Rebellenbewegungen wie jene um George Athor und Peter Gadet darstellen, die bereit sind, ihre Ansprüche notfalls mit Gewalt durchzusetzen.

Die Einführung einer neuen südsudanesischen Währung markierte auch in diesem Bereich die Trennung von Khartum. Das südsudanesische Pfund soll laut Finanzminister David Deng Athor bei eins zu eins an das sudanesisches Pfund gebunden bleiben. Allerdings könnten Konflikte über die Währung ausgetragen werden, wie der Fall Eritrea/Äthiopien in den 1990er Jahren zeigte.

Innere politische Auseinandersetzungen im Norden und im Süden könnten sich in einem Worst-Case-Szenario an der gemeinsamen Grenze gewaltsam manifestieren. Sollten also im Norden oder im Süden oder in beiden Staaten Probleme auftauchen, die den inneren Zusammenhalt gefährden, könnten Grenzkonflikte oder Konflikte an der Grenze gezielt dazu genutzt werden, den Nationalismus im jeweiligen Land zu steuern und von innenpolitischen Problemen abzulenken. Präsident Al-Bashir wünschte dem neuen Staat alles Gute, um gleichzeitig zu warnen, dass freundschaftliche Beziehungen von der Nichteinmischung in die Angelegenheiten des Anderen abhängen.

Für die Entwicklung im Sudan wird entscheidend sein, mit den

Rebellen in Darfur einen Friedensschluss zu erreichen, zu einem tragfähigen Verhältnis mit dem Südsudan zu finden und die internationale Anerkennung wieder zu erlangen. Die Existenz des International Criminal Court (ICC) und die Anklage gegen Präsident Omar Hassan Al-Bashir scheinen auf das Verhalten der Akteure einen gewissen mäßigenden Druck auszuüben. Allerdings macht das juristische Vorgehen politische Amnestielösungen, wie sie in Südafrika durch die Truth and Reconciliation Commission (TRC) umgesetzt wurden, unmöglich.

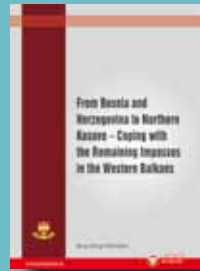
Ableitungen und Empfehlungen

- Die große Herausforderung für internationale Akteure wird es sein, sowohl den Sudan als auch den Südsudan so zu unterstützen, dass beide Staaten Staatsaufbau und Stabilisierungsmaßnahmen vorantreiben.
- Der 9. Juli 2011 stellt auch für die Staatengemeinschaft einen Neubeginn in den Beziehungen zum Südsudan dar. Autoritäre Verhaltensweisen und Korruption sowie mangelnde staatlichen Strukturen sollten das Engagement nicht mindern. Den UNO-Missionen kommt dabei besondere Bedeutung zu.
- Das internationale Engagement in der Region sollte verstärkt und auf Jahrzehnte geplant werden. Sudan und Südsudan sehen einer kritischen Phase entgegen, die erhöhte internationale politische Aufmerksamkeit erfordert. Mit Hilfe eines Konditionalitätsprinzips könnte Unterstützung beim Aufbau funktionierender staatlicher Strukturen geleistet werden.
- Eine funktionierende liberale Demokratie erfordert im Südsudan ein Mehrparteiensystem. Deshalb sollten von Seiten der internationalen Akteure Oppositionskräfte und demokratische Kontrollmechanismen gestärkt werden, um der Gefahr einer Einparteiendiktatur zu begegnen.
- Die Menschen sowohl im Sudan als auch im Südsudan erwarten sich eine Friedensdividende. Für den Sudan könnte das eine Annäherung an die internationale Gemeinschaft samt einer Normalisierung der Beziehungen sein. Im Südsudan liegt der Schlüssel zu Stabilität in Infrastruktur (Straßen, Schulen, medizinische Versorgung, etc.) und wirtschaftlicher Entwicklung. Die Voraussetzung dafür ist Sicherheit.
- Im Südsudan darf der Fokus nicht nur auf Juba liegen. Nur ein Engagement im gesamten Südsudan kann eine Gewalteskalation verhindern. Denn für lokale Gewalt können weder Khartum noch „Tribalismus“ verantwortlich gemacht werden, sondern vielmehr das Fehlen von staatlichen Dienstleistungen. Das Engagement externer Akteure wird dadurch erschwert, dass außerhalb der Zentren kaum Arabisch oder Englisch gesprochen wird.
- Die Verwaltung sollte zentral organisiert werden. Traditionelle Formen sozialer Organisation sind kein gangbarer Weg für lokale Verwaltung, sondern würden lediglich zu einer Trennlinie entlang ethnischer Identitäten führen. Chiefs sind nicht in der Lage, die lokale Verwaltung problemlos durchzuführen. Trotzdem können traditionelle Herrschaftsstrukturen eine positive Rolle im Aufbau übernehmen, ohne eine Konkurrenz zum Staat aufzubauen.
- Unterstützungen im wirtschaftlichen Aufbau sollten in jedem Fall darauf abzielen, die Abhängigkeit von Erdöl zu reduzieren.



Libanesische Kommunalwahlen im Mai 2010: Verzagte Reform und Bestätigung des Status Quo

Im Vorfeld der diesjährigen Gemeindegewahlen wurde langwierig über eine Reform des Wahlrechts debattiert. In Ermangelung eines Konsenses wurde die Abhaltung der Wahlen zum ursprünglich geplanten Zeitpunkt festgelegt. Diese fanden unter massiven Sicherheitsvorkehrungen statt und bestätigten sowohl die lokalen Machthaber in ihren Ämtern, als auch die Bedeutung der zwei verfeindeten nationalen Bündnisse.



Study Group Information – From Bosnia and Herzegovina to Northern Kosovo – Coping with the Remaining Impasses in the Western Balkans

Kroatien steht vor der Mitgliedschaft in der Europäischen Union. In den anderen Gebieten des Westbalkans bestehen weiterhin große Herausforderungen im Friedensprozess. Ein Teil dieser Staaten ist intern nicht konsolidiert. Nationalistische Bestrebungen behindern insbesondere in Bosnien und Herzegowina, Kosovo und Mazedonien eine positive Entwicklung.



Notwendiger Neubeginn in Bosnien und Herzegowina

Nach einer fünfjährigen Phase der politischen Radikalisierung besteht dringender Bedarf nach staatlicher Konsolidierung und der Heranführung Bosniens und Herzegowinas an die EU und NATO. Nationalistische Bestrebungen in den beiden Entitäten von Bosnien und Herzegowina erschweren allerdings die Stabilisierung des Gesamtstaates auf einem befriedigenden Niveau. Das EU-Krisenmanagement weist erkennbare Schwächen auf.



GCSP Policy Paper n°13

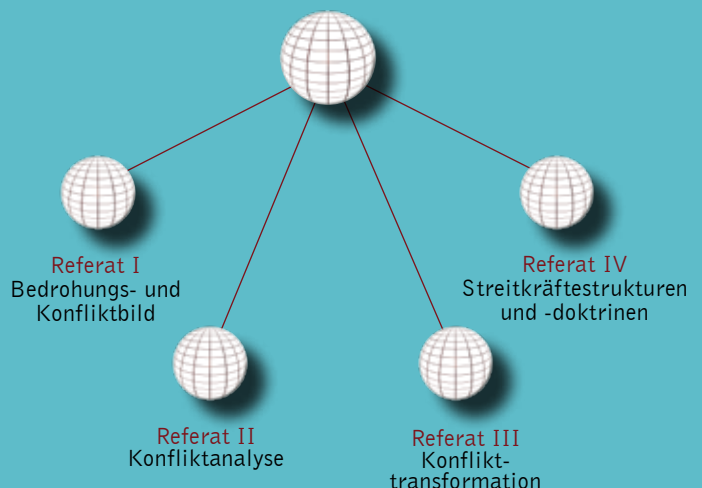
Die Umbrüche in der Arabischen Welt finden in unmittelbarer Nachbarschaft zur EU statt. Es steht außer Zweifel, dass die vermutlich jahrzehntelange Transformation dieser Staaten erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft, Energieversorgung und Sicherheit europäischer Staaten haben wird. Die EU steht daher vor der Notwendigkeit, einen „Master-Plan“ für die einzelnen Staaten und die gesamte Region zu entwickeln. Strategisches Umdenken in Richtung Partnerschaft ist dabei ebenso gefordert wie innerer Zusammenhalt.

Das Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement

Das Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) wurde 1999 gegründet. Es ist eine Forschungsabteilung der Landesverteidigungsakademie (LVAK) des österreichischen Bundesheeres. Die drei Kernaufgaben des Institutes sind:

- Beiträge zur Politikberatung
 - Forschung und Lehre
 - Öffentlichkeitsarbeit
- Bedrohungs- und Konfliktbild: Dieses Referat befasst sich mit der Erforschung aktueller und erwartbarer Phänomene aktueller und künftiger bewaffneter Konflikte. Nach den Ereignissen vom 11. September 2001 stellen der internationale Terrorismus und dessen Bekämpfung ein zentrales Forschungsgebiet dar.
 - Konfliktanalyse: Der Forschungsschwerpunkt in diesem Referat liegt im Vergleich bewaffneter Konflikte und deren Ursachen. Die Akteure, ihre Zielsetzungen, Interessen, Strategien und Mittel stehen im Zentrum der Betrachtung.
 - Konflikttransformation: Dieses Referat beschäftigt sich mit den Theorien und der Auswertung praktischer Erfahrungen zu Früherkennung, Prävention, Steuerung, Beendigung und Aufarbeitung von Konflikten. Besondere Berücksichtigung findet die Rolle von Streitkräften bei der Bewältigung der verschiedenen Konfliktphasen.
 - Streitkräftestrukturen und –doktrinen: In diesem Referat werden Anforderungsprofile und Konzepte analysiert, die Streitkräfte zu friedenssichernden Einsätzen befähigen sollen. Erfahrungen aus früheren Missionen und erwartbare Konfliktbilder stellen dafür die Basis dar.

INSTITUTSLEITUNG



Geplante Publikationen 2011 (Auswahl):

- ⇒ IFK-Aktuell: Afghanistan
- ⇒ Somalia: Optionen – Chancen – Stolpersteine
- ⇒ Das türkische Engagement im Nahen Osten

Sie finden unsere BMLVS - Publikationen auch im Internet auf unserer Homepage unter <http://www.bmlvs.gv.at/organisation/beitraege/lvak/ifk/ifk.shtml>

So kommen Sie zu uns:

- Nähe U3-Station Neubaugasse, Ausgang Stiftgasse
- Kreuzung: Innere Mariahilferstraße (Höhe Nr. 30) / Stiftgasse



Kontakt:

Landesverteidigungsakademie Wien
Institut für Friedenssicherung
und Konfliktmanagement

AG Stiftgasse 2a
Akademiertakt 2. Stock, Süd-Risalit
1070 Wien
ÖSTERREICH

tel. | +43 (0) 50201 10 28701
fax | +43 (0) 50201 10 17262
e-mail | lvak.ifk@bmlvs.gv.at

Impressum

Eigentümer, Verleger und Hersteller:
LANDESVERTEIDIGUNGS-AKADEMIE
Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
AG Stiftgasse 2a, 1070 Wien
Tel. +43 (0) 50201 10 28700

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:
Brigadier Dr. Walter Feichtinger

Redaktion:
Dr. Gerald Hainzl

Designkonzept und Layout:
LVAK / Referat III - Medien

Herstellung:
BMLVS / Heeresdruckerei Arsenal, 1030 Wien -
Nachdruck genehmigt; Bilder urheberrechtlich geschützt

E-Mail: lvak.ifk@bmlvs.gv.at

Autoren:



Dr. Gerald Hainzl

Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Afrika-Experte am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie. Er verfasste zahlreiche wissenschaftliche Publikationen zu Krisen und Konflikten in Afrika. Im Rahmen seiner Tätigkeit beschäftigt er sich mit afrikanischer Sicherheitspolitik, Konfliktforschung sowie afrikanischen Regionalorganisationen.



Brigadier Dr. Walter Feichtinger

Leiter des Institutes für Friedenssicherung und Konfliktmanagement an der Landesverteidigungsakademie in Wien. Zahlreiche wissenschaftliche Publikationen, Buchveröffentlichungen zu sicherheitspolitischen Themen sowie internationalem Krisenmanagement.

Diese Publikation entstand mit besonderer Unterstützung von Mag. Kacper Wieczorek

